

ST. PÖLTEN, AM 24. November 2003

3109 St. Pölten, Landhausplatz 1

TELEFON 02742/9005  
Bearbeiter: Fr. Mag. Komarek  
e-mail: post.prokop@noel.gv.at

Durchwahl 12201  
Fax 13590, 13609

LS-L-98037

Herrn  
Präsidenten des NÖ Landtages  
Mag. Edmund Freibauer

**Landtag von Niederösterreich**  
Landtagsdirektion

Eing.: 24.11.2003

zu Ltg. -**90/A-4/15-2003**

— Ausschuss

Sehr geehrter Herr Präsident!

Zur Anfrage des Abgeordneten Weiderbauer, Ltg.-90/A-4/15-2003 **betreffend Besuche von ÖVP PolitikerInnen in Schulen** wird folgendes mitgeteilt:

1. Bei den Schulbesuchen handelte es sich um Diskussionen mit LehrerInnen und SchülerInnen auf Einladung der jeweiligen Schule und nicht um „politische Aktivitäten“. Es muss in unser aller Interesse liegen, in offenen Gesprächen den Sorgen, Anliegen und Fragen der jungen Menschen zu begegnen. Diese Besuche sind ein Beitrag zur praktischen Verwirklichung des Unterrichtsprinzips „Politische Bildung“ an unseren Schulen.
2. Als Regierungsmitglied, das einstimmig vom NÖ Landtag gewählt wurde, fühle ich mich verpflichtet, sowohl zu meinen Agenden als auch zu allgemeinen politischen Themen Stellung zu nehmen. Dabei muss man auch zu Fragen Stellung nehmen, die, wie es manchmal den Anschein hat, einseitig parteipolitisch vorbereitet sind.  
Es ist Aufgabe von Unterrichtsfächern wie „Politische Bildung“, „Staatbürgerkunde“, „Geografie und Wirtschaftskunde“ und der praktischen Umsetzung des Unterrichtsprinzips „Politische Bildung“ den Jugendlichen ein möglichst breites Spektrum der politischen Landschaft aufzuzeigen.
3. Es gibt zum Thema „Politische Bildung“ einen Grundsatzterlass, Rundschreiben Nr. 15/1994 des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten und einen Begleiterlass des Kollegiums des Landesschulrates für Niederösterreich, der am 1. Dezember 1995 einstimmig beschlossen wurde. Weiterer Regelungsbedarf besteht daher nicht.

4. Die Gestaltung der Schulbesuche obliegt der einladenden Schule. Die Einladung von ReferentInnen in den Unterricht zur Darstellung aktueller und grundsätzlicher Fragen ist dabei eine wichtige Methodik. Es bieten sich dazu Mitglieder der Bundes- und Landesregierung, Abgeordnete zum Nationalrat, Mitglieder des Bundesrates, Mitglieder des EU-Parlaments, Abgeordnete zum Landtag, Mitglieder der Gemeindevertretung, VertreterInnen von Kammern und Verbänden sowie ExpertInnen, WirtschaftlerInnen, ZeitzeugInnen etc. an. Es ist auf Ausgewogenheit zu achten. Dieser Pluralität kann auch dadurch entsprochen werden, dass im zeitlichen Längsschnitt auf die in den Körperschaften vertretenen politischen Gruppierungen Bedacht genommen wird.

Mit den besten Grüßen